

1 Antworten der DKP auf die Krise

2 Mit Streiks und Betriebsbesetzungen, mit Massendemonstrationen, Blockaden und Be-
3 lagerungen, mit Mahnwachen, Flashmobs und Internetprotesten – in vielen Ländern
4 kämpfen die Menschen um ihr Recht, wehren sie sich gegen die Abwälzung der Krisen-
5 folgen auf die Bevölkerung.

6 „Empört euch!“ ist zum Signal für Hunderttausende vor allem junger Menschen gewor-
7 den.

8 „Wem gehört die Welt?“ Immer häufiger wird dabei die Eigentumsfrage gestellt und der
9 Kapitalismus angeklagt.

10 Lauter werden auch in Europa die Forderungen vieler Menschen nach einem guten,
11 nicht fremdbestimmten Leben - in Würde, in sozialer Sicherheit und in Frieden.

12 Was kann unsere Partei dazu beitragen, dass sich der Widerstand gegen die Herr-
13 schenden, gegen das Großkapital und seine politischen Vertreter, verstärkt?

14 ---

15 Vieles deutet darauf hin, dass es sich bei der augenblicklichen Krise aller Wahr-
16 scheinlichkeit nach um eine Übergangs- oder Große Krise handelt.

17 Grundlegende Umbrüche bahnen sich an – in den Formen der Produktion, der Macht-
18 ausübung, im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, im internationalen Kräfteverhältnis
19 usw. Offen ist jedoch dabei heute unter anderem immer noch, ob der wirtschaftliche
20 Aufschwung der BRICS-Staaten, allen voran der VR China, künftig zu einer grundsätzli-
21 chen Verschiebung der ökonomischen Machtverhältnisse führen und welche politischen
22 Auswirkungen dies haben wird.

23 Die gewaltigen Produktionssteigerungen mit dem Ergebnis einer chronischen Überak-
24 kumulation seit den 70er Jahren haben sich in den letzten fünf Jahren beschleunigt. Die
25 Polarisierung von Arm und Reich hat sich verschärft wie auch das zerstörerische Un-
26 gleichgewicht zwischen einem aufgeblähten Finanzsektor und der „Realwirtschaft“.

27 Auch die Kluft zwischen den kapitalistischen Hauptländern mit großen
28 Exportüberschüssen und Schuldnerländern hat sich vertieft. (Vgl. Politische Resolution
29 des 19. DKP-Parteitags 2010)

30 Die damit verbundene marxistische Krisenanalyse knüpft an Aussagen unseres 2006
31 beschlossenen Parteiprogramms zum heutigen Monopolkapitalismus (Imperialismus)
32 an - beispielsweise an jene zur Rolle der Finanzinstitutionen, der wachsenden Macht
33 der Finanzmärkte, zur Bedeutung der Spekulation, an Aussagen zum
34 staatsmonopolistischen Kapitalismus und Veränderungen in den letzten Jahrzehnten, in
35 deren Folge sich – nicht nur in der EU - immer stärker internationale Formen des
36 staatsmonopolistischen Kapitalismus herausgebildet haben.

37 In den letzten fünf Jahren hat die „Krisenbearbeitung“ des Großkapitals und seiner poli-
38 tischen Vertreter zur Vertiefung der finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologi-
39 schen Krisen und zum weiteren Abbau von Demokratie geführt. Die Arbeits- und Le-
40 bensverhältnisse haben sich auch in den Hauptländern des Kapitals einschneidend
41 verändert. Tiefere gesellschaftliche Gegensätze sind entstanden.

42 Die aktuelle Krise ist noch lange nicht beendet. Ihre globale Dimension wird deutlicher.

43 Die Zerstörung der Umwelt, die spürbarer werdenden Auswirkungen der Klimaverände-
44 rung auf Lebens- und Produktionsbedingungen, Trinkwassermangel, Hunger bestim-

45 men das Leben vieler Menschen auf unserem Planeten. Milliarden leben in Armut. Milli-
46 onen sind auf der Flucht vor Elend, Hoffnungslosigkeit und Krieg.

47 In vielen Regionen der Welt herrscht Krieg. Die Kriege gegen Jugoslawien, Irak und in
48 Afghanistan haben sich als Vorboten weiterer militärischer Einsätze zur Durchsetzung
49 imperialistischer Interessen erwiesen: Überall in der Welt wachsen die Spannungen. Es
50 geht um geostrategische Vorteile. Vor allem jedoch um die Jagd nach Profit, nach
51 knapper werdenden natürlichen Ressourcen, um die Sicherung des Zugriffs auf diese.
52 Das führt derzeit im Nahen und Mittleren Osten, in Nordafrika und auch im Herzen Afri-
53 kas zu immer neuen militärischen Interventionen oder dem Einsatz von Söldnerarmeen.
54 Jederzeit kann aus kriegerischen Konflikten wie im Nahen und Mittleren Osten ein neu-
55 er Weltbrand entstehen.

56 Diese Widersprüche sind im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht lösbar.

57 In der Vergangenheit hat das Kapital immer wieder „Auswege“ aus Wirtschafts- und
58 Finanzkrisen gefunden. Wodurch aber „überwindet“ die Bourgeoisie die Krisen? Karl
59 Marx und Friedrich Engels: „... Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen
60 vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“ (1848, Manifest)

61

62 **Bilanz der Krisenjahre**

63 Die Europäische Union hat – in Abstimmung mit EZB und IWF - die Auswirkungen der
64 Krise durch ihre „Rettungsschirme“ für Banken, durch eine rigide Spar- und erpresseri-
65 sche Schuldenpolitik, durch den Abbau der Rechte der Beschäftigten deutlich ver-
66 schärft. Die EU-Grenzen werden gegen Kriegs-, Armut- und Klimaflüchtlinge abge-
67 schottet. Verfolgt wird eine zunehmend aggressive Kriegspolitik – sowohl nach innen
68 als auch nach außen.

69 Das imperialistische Deutschland, die in der EU-führende Wirtschaftsmacht, ist dabei
70 „Vorreiter“ dieser reaktionären Politik.

71 Ganz Europa ist den Profit- und Machtinteressen des transnationalen Kapitals unterwor-
72 fen, „ohne dass die widerstreitenden Interessen der transnationalen und der nationalen
73 Bourgeoisien aufgehoben werden Die europäische Integration bleibt ein Feld ... vor
74 allem aber auch des Klassenkampfes.“ (Programm der DKP)

75 ---

76 Zunächst gerieten nach dem Platzen der US-Immobilienblase in den Jahren 2007 und
77 2008 Banken „ins Rutschen“ und wurden von den Regierungen mit öffentlichen Geldern
78 gerettet, was zu tief greifenden sozialen Einschnitten führte.

79 Danach gerieten in Europa die EU-Peripherieländer in einen Abwärtssog, weil sie –
80 aufgrund der Bankenrettung und hoher Zinszahlungen an die Banken - hoch verschul-
81 det waren und sind. Zur Sicherung der Vermögen der Banken und der Reichen wurde in
82 der EU eine Stabilisierung durch „Rettungspakete“ versucht, die mit drakonischen
83 Sparauflagen für die Schuldnerländer verbunden sind. Staaten wie Griechenland, Spa-
84 nien, Portugal sind heute ohne Milliarden für Staatshaushalte und marode Banken nicht
85 mehr handlungsfähig. Sie werden gezwungen massiv Grundrechte abzubauen, Löhne
86 und Renten zu senken.

87 Die Zweifel an der staatlichen Zahlungsfähigkeit haben sich mittlerweile auch auf wich-
88 tige kapitalistische Industrieländer ausgeweitet. Die EU wurde inzwischen zum Epizent-
89 rum der Krise des Weltwirtschafts- und Weltfinanzsystems. Ungewiss ist jedoch, ob die
90 Euro-Zone und die EU in der jetzigen Form überhaupt Bestand haben werden.

91 Im Unterschied dazu ist Deutschland von solchen Verwerfungen immer noch ausge-
92 nommen: aufgrund seiner Wirtschaftsmacht, der Exportorientierung der Industrie, durch
93 die Senkung bzw. Stagnation der Reallöhne in den letzten 10 bis 15 Jahren und durch
94 die Agenda-2010-Politik der „Lohnnebenkosten“-Senkungen. Die Verschuldung der
95 Nachbarländer ist die Kehrseite der deutschen Exportüberschüsse.

96 Mit welcher Strategie die Krise „bewältigt“ werden kann und soll, ist unter den Regie-
97 renden und ökonomisch Mächtigen zunehmend umstritten. Bei den G-20-Gipfeln treten
98 Widersprüche offen zu Tage. Die radikale Sparpolitik und Exportorientierung der deut-
99 schen Regierung ist heftiger Kritik von Finanzspezialisten, internationaler Organisatio-
100 nen wie IWF, Weltbank, Welthandelsorganisation und der US-Regierung ausgesetzt.
101 Interessenwidersprüche werden deutlicher.

102 Mit dem Fiskalpakt soll jedoch nun in EU-Europa die reaktionäre neoliberale Politik der
103 Deregulierung, der Privatisierung, des Grundrechteabbaus beschleunigt und endgültig
104 festgeschrieben werden.

105 Schon jetzt sind die nationalen Parlamente weitgehend entmachtet, wird nationale Sou-
106 veränität eingeschränkt. Wenn Wahlergebnisse nicht passen, dann wird, wie seinerzeit
107 in Irland, eben so lange abgestimmt, bis das gewünschte Ergebnis erreicht ist. Oder es
108 werden an allen demokratischen Institutionen und den Rechten der Bürgerinnen und
109 Bürger vorbei – wie zeitweilig in Griechenland und in Italien - „Expertenregierungen“
110 eingesetzt.

111 ---

112 All dies geschieht bei gleichzeitigem Ausbau von Überwachung, von Repression und
113 bei rigorosem Abbau grundlegender politischer Bürger- und Freiheitsrechte, demokrati-
114 scher und sozialer Arbeiterrechte.

115 Alle Maßnahmen der Herrschenden haben – unabhängig von der verfolgten Strategie -
116 bislang nur neue Phasen der Krise eingeläutet. Die Folgen tragen die Lohnabhängigen,
117 die kleinen Selbstständigen, die Arbeitslosen, die Mehrheit der Rentnerinnen und Rent-
118 ner und die Jugend.

119 Prekäre Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, besonders gravierend die Jugendarbeitslosig-
120 keit, Armut nehmen überall in Europa zu. Sozialleistungen werden abgebaut.

121 Die noch Arbeit haben, stehen unter Druck. Denn heute verarmen selbst Teile der in
122 den letzten Jahrzehnten besser gestellten Teile der Arbeiterklasse und Mittelschichten.
123 Besonders betroffen ist die junge Generation. Vielen geht es – trotz teilweise guter Aus-
124 bildung – weitaus schlechter als ihren Eltern und Großeltern.

125 Die Einschränkung von politischen Grundrechten erleben Menschen schon heute ganz
126 konkret: bei betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen, bei Streiks, bei Protesten
127 der „Empörten“ bzw. Occupy-Bewegung, bei antifaschistischen Aktionen, bei Protesten
128 wie gegen Stuttgart 21, im Wendland, bei Aktionen gegen die Schließung und Privati-
129 sierung kommunaler Einrichtungen sowie individuell – so bei der Diskriminierung am
130 Arbeitsplatz, bei Hartz-IV-Sanktionen, Rentenkürzungen in Ostdeutschland.

131 Auch Kommunen werden zunehmend unter ein Spardiktat gestellt und ihrer Budget-
132 rechte beraubt. Maßnahmen, die gegenüber den Peripherie-Ländern der EU angewandt
133 werden, kommen zunehmend auch im Inneren zur Anwendung. Die Kommunen werden
134 in Deutschland die Hauptlast des Fiskalpakts zu tragen haben.

135 Wenn es keine stärkere Gegenwehr der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, der
136 Kommunisten sowie der anderen linken und aller anderen demokratischen Kräfte gibt,
137 werden sich Nationalismus, Egoismus, Rassismus und Hass auf Migrantinnen und Mig-

138 ranten noch weiter ausbreiten. Populistische Parteien der extremen Rechten sowie of-
139 fen faschistische Kräfte könnten in EU-Europa und auch in Deutschland weiter an Zu-
140 stimmung gewinnen.

141 Was sich in Ungarn – mit Billigung von EU-Kommission, EU-Parlament und der imperia-
142 listischen Hauptkräfte Europas - vollzieht, könnte die Zukunft auf unserem Kontinent
143 prägen.

144

145 **Gegenkräfte formieren sich**

146 Erfolge im Interesse der Mehrheit der Menschen im Kampf gegen die Abwälzung der
147 Krisenlasten kann es nur geben, wenn der Widerstand gegen die Macht der großen
148 Banken und Finanzinvestoren, der transnationalen Konzerne sowie gegen ihre politi-
149 schen Vertreter stärker wird.

150 In diesem Prozess kommt es aus Sicht der DKP vor allem auf die Gewerkschaften und
151 auf die Arbeiterbewegung insgesamt an. Notwendig ist, dass diese mit anderen gesell-
152 schaftlichen Bewegungen gemeinsam handeln.

153 Es reicht aber nicht aus – wie die Erfahrungen bei Opel, der sozialen Bewegungen,
154 aber andererseits auch der Hafendarbeiter aus vergangenen Jahren zeigen -, nur lokal,
155 regional oder national vorzugehen. Transnationale Konzerne und Finanzgruppen agie-
156 ren international. EU-Europa soll zur wirtschaftlichen, fiskalen, militärischen und politi-
157 schen Union ausgebaut werden. Deshalb müssen auch die Kämpfe der Arbeiterklasse
158 und die Aktionen der Bewegungen international zusammengeführt, vernetzt werden.

159 Die Zeit ist reif für die radikale Entmachtung der Profithaie, der Entmachtung der natio-
160 nalen und internationalen Banken und Konzerne.

161 Eine bessere Welt ist notwendig und möglich, eine Welt ohne Kapitalismus.

162

163 Was aber sind bisherige Erfahrungen und Lehren der letzten Jahre und Monate?

164 In fast ganz Europa wachsen Protest und Widerstand, gehen Menschen gegen die Kri-
165 senpolitik der Herrschenden, für die Verteidigung sozialer und politischer Rechte, aber
166 auch zunehmend gegen Rechtspopulisten und Faschisten auf die Straße.

167 Die Arbeiterklasse ist in diesen Auseinandersetzungen objektiv die entscheidende Kraft.
168 Im Protest wie zur Veränderung der Verhältnisse: Generalstreiks der Gewerkschaften
169 haben in Portugal, Spanien, Griechenland Hunderttausende, ja Millionen auf die Straße
170 gebracht. Der Europäische Gewerkschaftsbund macht - mehr als früher – mobil, aber
171 noch immer sind gemeinsame Kampfkationen und deren Vernetzung ungenügend.

172 Bauern protestieren gegen die Diktate der großen Nahrungsmittelkonzerne. „Empörte“,
173 Mitglieder der Occupy-Bewegung, der Ökologie und Anti-AKW-Bewegung, der Gegner
174 von Flughafenausbau und Nachtflügen – nicht selten auch aus den gebildeten und gut
175 ausgebildeten bisherigen „Mittelschichten“ –, zeigen ihren Protest gegen die Politik der
176 Herrschenden bei Massendemonstrationen, Blockaden, Mahnwachen. Die Demonstra-
177 tionen gegen ACTA, gegen die Vorratsdatenspeicherung zeigen, wie innerhalb kurzer
178 Zeit - und unter Nutzung moderner Kommunikationsmittel - eine starke und vielfältige
179 Bewegung zur Verteidigung der Demokratie, gegen den Ausbau des Sicherheitsstaates
180 entstanden ist. Diese Bewegungen und Aktivitäten entwickeln sich relativ spontan an
181 einzelnen Punkten, sind aber Ausdruck für die gewachsene Sensibilität für Themen des
182 Demokratieabbaus.

- 183 Bei vielen dieser Proteste werden neben bisherigen Akteuren neue Kräfte aktiv.
184 Wachsende gemeinsame Erfahrungen haben vielerorts in den letzten Jahren bereits
185 dazu geführt, unterschiedliche Protest- und Widerstandsformen miteinander zu verbind-
186 den. Kapitalismuskritische und antikapitalistische Positionen nehmen zu.
- 187 Aber das reicht noch lange nicht aus um Veränderungen durchzusetzen. Denn trotz der
188 bisherigen großen Protestaktionen in vielen Ländern fehlt noch der „lange Atem“ und
189 eine breite Bereitschaft, die Aktionen weiterzuführen, sie weiterzutreiben. Zu viele resig-
190 nieren.
- 191 Dafür gibt es Ursachen:
- 192 • Die kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat zu einer enormen Diffe-
193 renzierung der Existenzbedingungen und Interessen der lohnabhängig Beschäftig-
194 ten geführt. Entstanden sind dabei – vor allem durch die Entwicklungen der ökonomi-
195 schen Basis des Kapitalismus – neue Differenzierungen neben den traditionellen
196 „Spaltungslinien“ innerhalb der Arbeiterklasse.
 - 197 • Eine gemeinsame Strategie im heutigen Kampf gegen die „Krisenbewältigungspoli-
198 tik“ der Herrschenden fehlt, die über die Verteidigung von erreichten Rechten hin-
199 ausreicht. - Es fehlt bei den Handelnden vor allem nach wie vor an Übereinstim-
200 mung, was weitergehende gesellschaftliche Zielstellungen betrifft. Es fehlt ein ge-
201 meinsames „Zukunftsprojekt“.
 - 202 • Und noch gelingt es den Herrschenden, die sozialen Akteure zu vereinzeln, ihre Ak-
203 tionen zu spalten. Indem sie z. B. ihre Ziele schrittweise durchsetzen, den einen
204 scheinbare Zugeständnisse anbieten, während anderswo Druck ausgeübt wird, Mit-
205 tel weiter gekürzt, Rechte abgebaut werden.
- 206 Portugal, Spanien, Frankreich, Griechenland zeigen, wie in dieser Situation die Linken
207 trotzdem zum Zentrum des Widerstandes werden, dass sie selbst bei Wahlen Stimmen
208 gewinnen können: Wenn sie in ihrer Verschiedenheit - bei Wahrung der eigenen politi-
209 schen Identität und weltanschaulichen Überzeugung – Gemeinsamkeiten suchen und
210 gemeinsam handeln.
- 211 Und trotzdem kann auch das nur ein Zwischenschritt sein.
- 212 ---
- 213 Die Bundesrepublik Deutschland ist bislang eine der wenigen Ausnahmen, was die Be-
214 reitschaft zum Widerstand und die Breite dieses Widerstandes betrifft sowie die Ent-
215 wicklung von Klassenbewusstsein.
- 216 Im Rahmen zahlreicher Protesten erklären jedoch auch hier Menschen, dass sie über
217 ihr Lebensumfeld endlich mitbestimmen und mehr Mitspracherechte einfordern, sich mit
218 einer „Vertreterdemokratie“ nicht mehr abfinden wollen.
- 219 Auch in unserem Land werden antikapitalistische Forderungen lauter.
- 220 Die Ansatzpunkte für Bewegungen und für Debatten über gesellschaftliche Alternativen
221 sind vielfältig. Sie werden vor allem sichtbar im Kampf der Betriebsbelegschaften und
222 Gewerkschaften gegen Betriebsschließungen wie NSN in München, um den Erhalt der
223 Arbeitsplätze bei Schlecker, um Tariferhöhungen nach einem „verlorenen Jahrzehnt“
224 mit durchschnittlich 4,5 Prozent Reallohnverlust, um gesetzliche Mindestlöhne, gegen
225 prekäre Beschäftigungsverhältnisse und verschlechterte Arbeitsbedingungen.
- 226 Es wird viel davon abhängen, ob sich die Gewerkschaften in dieser Situation von Illusi-
227 onen über Sozialpartnerschaft und Co-Management verabschieden und statt dessen

228 Klasseninteressen wahrnehmen, massivere Aktionen für ihre eigenen Forderungen
229 nach Rücknahme der Rente mit 67, einem existenzsichernden Mindestlohn von mindes-
230 tens 10 Euro/Stunde, Stärkung der Binnenkaufkraft, mehr Geld für kommunale Investiti-
231 onen, Erhöhung des Spitzensteuersatzes usw. entwickeln.

232 Die Zeit ist auch in der Bundesrepublik Deutschland reif, die Bewegungen und die
233 Kämpfe zusammenzuführen.

234 ---

235 Derzeit ist noch völlig unklar, ob sich aus den aktuellen Auseinandersetzungen in Euro-
236 pa eine andere gesellschaftliche Dynamik entwickeln kann. Eine Dynamik, die auch hier
237 neue Kräfte mobilisiert, Mut macht, zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses bei-
238 trägt, das in Richtung demokratischen und sozialen Fortschritts führt - und letztlich den
239 Weg in Richtung Sozialismus öffnen kann.

240 .

241 **Die Aufgaben der DKP in den heutigen Kämpfen**

242 Fest steht: Empörung und Gegenwehr gehen ins Leere, wenn der lange Atem fehlt. Zu
243 „Empört euch“ muss „Organisiert euch!“ hinzukommen.

244 In dieser Situation müssen Kommunistinnen und Kommunisten aktiver beitragen, dass
245 sich der Widerstand verstärkt, dass die Gegenkräfte - auch in der Bundesrepublik
246 Deutschland - zusammengeführt werden, breite Allianzen entstehen, deren Handeln zu
247 einer solchen Wende zu sozialem und demokratischen Fortschritt führen kann.

248 Alle Linken im Land haben die Aufgabe, in den Bewegungen und den Kämpfen die
249 Gemeinsamkeiten aufzuzeigen, die Kräfte „zu bündeln“, gesellschaftliche Zielvorstel-
250 lungen offen zu diskutieren und den Kampf um gesellschaftliche Veränderungen voran-
251 zubringen.

252 Kommunistinnen und Kommunisten haben eine besondere Verantwortung. Als revoluti-
253 onäre Arbeiterpartei, die ihre Tätigkeit auf die Theorie von Marx, Engels und Lenin
254 gründet, sieht die DKP ihre unverzichtbare Aufgabe darin,

- 255 • die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus in die Klassenkämpfe und de-
256 mokratischen Bewegungen einzubringen.
- 257 • gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften politische Strategien zur Entwick-
258 lung von Widerstand, der Durchsetzung progressiver Reformen, der Förderung der
259 dafür notwendigen Kämpfe sowie den Weg zu grundlegenden gesellschaftlichen
260 Veränderungen, zum Sozialismus, zu erarbeiten und die Debatten unter den Linken,
261 in den Gewerkschaften und in den anderen gesellschaftlichen Bewegungen zu be-
262 fördern.

263 Wir orientieren uns dabei an den realen Bedingungen, am tatsächlichen Bewusstseins-
264 stand und an den wirklichen Lebensinteressen der Mehrheit der Menschen. In den
265 Kämpfen kann und will die DKP nicht stellvertretend handeln. Die arbeitenden Men-
266 schen, die Arbeitslosen, die Jugend, die Rentnerinnen und Rentner, Männer, Frauen
267 und Angehörige diskriminierter Minderheiten müssen selbst für ihre Interessen aktiv
268 werden. Deshalb stehen der außerparlamentarische Kampf sowie die Stärkung der
269 Organisiertheit der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen im Zentrum unse-
270 rer Tätigkeit.

271 Unsere Partei

- 272 • geht mit Forderungen zum Erhalt sozialer und politischer Grundrechte, von

- 273 erkämpften Rechten der Arbeiterklasse, von Rechten der Bürgerinnen und Bürger
274 vor Ort im Zusammenhang mit der Mitbestimmung über ihre eigenen
275 Angelegenheiten in der Kommune in die gegenwärtigen Auseinandersetzungen;
- 276 • unterstützt und fördert Kapitalismuskritik und antimonopolistische Positionen, sie
277 ringt um die Stärkung antikapitalistischer Überzeugungen und von Klassenpositio-
278 nen,
 - 279 • orientiert auf antimonopolistische Veränderungen, stellt in den heutigen Kämpfen die
280 Eigentumsfrage,
 - 281 • verbreitet die sozialistischen Ideen, wirkt für einen stärkeren Einfluss des Marxismus
282 und die Entwicklung von Klassenpositionen in Bewegungen und Gesellschaft.
 - 283 • wirkt dafür, dass die Gewerkschaften zu wirklich kämpferischen Klassenorganisatio-
284 nen werden, und dafür, dass die Organisationen der Arbeiterbewegung mit anderen
285 Kräften gemeinsam handeln. Wir verteidigen die Einheitsgewerkschaft gegen jeden
286 Versuch der Spaltung.
 - 287 • wirkt für die Bildung von Klassenbewusstsein in der Arbeiterklasse, trägt dazu bei in
288 der Arbeiterklasse Einsichten in die eigene Klassenlage und in den unversöhnlichen
289 Gegensatz von Kapital und Arbeit zu vermitteln und klassenmäßige Erkenntnisse zu
290 vertiefen, gesellschaftliche Zusammenhänge aufzuzeigen und die Ursachen von
291 Krieg, Krise, Sozial- und Demokratieabbau als gesellschaftlich durch den Kapitalis-
292 mus bedingt darzulegen. - Erkenntnisse und Klassenbewusstsein wachsen letztlich
293 nur in Auseinandersetzungen, in denen Menschen selbst Erfahrungen machen und
294 lernen.
 - 295 • macht darauf aufmerksam, dass die Demokratiefrage eine zunehmende und ent-
296 scheidende Rolle spielt. Friedrich Engels schrieb: „Selbst in dem äußersten Fall ...
297 wird der Arbeiterpartei nichts übrig bleiben, als die ... Agitation für bürgerliche Frei-
298 heit, Pressfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht ... fortzuführen. Ohne diese
299 Freiheiten kann sie selbst sich nicht frei bewegen; sie kämpft in diesem Kampf für ihr
300 eigenes Lebenselement, für die Luft, die sie zum Atmen nötig hat.“ (MEW, Bd. 16, S.
301 77)
 - 302 • vertritt in den Auseinandersetzungen konsequent antifaschistische Positionen und
303 macht auf die gesellschaftlichen Ursachen des Erstarkens rechtspopulistischer und
304 offen faschistischer Kräfte in vielen Ländern Europas in den Zeiten der Krise auf-
305 merksam.
 - 306 • verweist darauf, dass im Rahmen des Systems keine Lösung der heutigen ökonomi-
307 schen, sozialen, politischen Widersprüche möglich ist. Der Aufbau einer anderen,
308 einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ist – angesichts der voranschreitenden
309 Internationalisierung der Wirtschaft und der Integrationsprozesse im Rahmen der EU
310 – jedoch wahrscheinlich nur im Rahmen gleichgerichteter Umwälzungsprozesse in
311 den Hauptländern der Europäischen Union und der damit möglich werdenden Ver-
312 änderung des internationalen Kräfteverhältnisses realisierbar. (Programm der DKP)
- 313 Wir Kommunistinnen und Kommunisten haben die Aufgabe
- 314 • das antikommunistische Geschichtsbild der Herrschenden zu widerlegen, die Errun-
315 genschaften und Fehler der DDR und der anderen sozialistischen Länder, die Leh-
316 ren aus Revolution und Gegenrevolution ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.
 - 317 • Niederlagen zu analysieren und Erfolge als Beispiele für weitere Aktionen auszuwer-
318 ten und jeden noch so kleinen Schritt vorwärts als Basis für weitere Schritte zu nut-
319 zen.

320 Wir gehen jedoch unter unseren Bedingungen von einem längeren Prozess der Kämpfe
321 und antimonopolistischen Übergänge auf dem Weg zum Sozialismus aus (Programm
322 der DKP).

323 In diesen Kämpfen unterstützt die DKP alle Schritte zur Sammlung der sozialen, ge-
324 werkschaftlichen und politischen Kräfte auf nationaler und europäischer Ebene, damit
325 die gesellschaftliche und politische Kraft für diese Veränderungen gebildet werden
326 kann.

327 Die Kommunistinnen und Kommunisten müssen international ihre Zusammenarbeit ver-
328 stärken. Gerade angesichts der kapitalistischen Krise wird aber die engere Zusam-
329 menarbeit der kommunistischen, Arbeiter- und Linksparteien zu einer noch drängende-
330 ren Aufgabe, um den Kapitalismus mit einer sozialistischen Alternative glaubwürdig
331 herausfordern zu können.

332 Entscheidend wird aber auch hier sein, dass die Kämpfe der Belegschaften gegen Ar-
333beitsplatzabbau, Standortschließungen, Bestrebungen, das Streikrecht auszuhebeln
334 (wie im Fall der „Monti-II-Verordnung“ der Europäischen Kommission, die das Ziel hat,
335 Streiks gegen Lohn- und Sozialdumping in transnationalen Konzernen zu erschweren
336 oder gar zu verhindern und die Einführung einer gesetzlichen Tarifeinheit), nicht nur
337 lokal, regional, national, sondern international geführt werden.

338 Dabei sind wir uns bewusst: Die beste internationale Solidarität besteht darin, die
339 Kämpfe im eigenen Land zu entwickeln - und zugleich dazu beizutragen, diese interna-
340 tional zu organisieren und zu vernetzen.

341 Die Mitglieder der DKP müssen sich auf die neue Etappe der Kämpfe einstellen, real
342 die Situation und die eigenen Möglichkeiten einschätzen und

- 343 • in den eigenen Reihen und durch die Aktivitäten vor Ort wie in Betrieben, Gewerk-
344 schaften, den gesellschaftlichen Bewegungen „vorleben“, dass wir in den Bewegun-
345 gen für ein solidarisches Miteinander bei Anerkennung unterschiedlicher Positionen
346 stehen und um Gemeinsamkeiten ringen.
- 347 • das eigene Wissen vertiefen, die marxistischen Grundpositionen und unser kommu-
348 nistisches Selbstverständnis verteidigen, aber auch – dem Charakter unserer wis-
349 senschaftlichen Weltanschauung entsprechend – neue Entwicklungen auf der
350 Grundlage unserer Theorie und Weltanschauung berücksichtigen.
- 351 • offen sein für Streitbare Diskussionen, Kritik ernst nehmen und beständig aus den
352 Erfahrungen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen lernen.
- 353 • uns für Positionen in Betriebs- und Personalräten, als Vertrauensleute und als ge-
354 wählte Kommunalpolitiker und anderen Interessenvertretungen zur Verfügung stel-
355 len; uns in Initiativen, Vereinen und anderen Massenorganisationen engagieren.

356 Die DKP muss stärker werden! Die DKP muss sich als Kraft erweisen, die offen ist für
357 neue Erkenntnisse und durch ihr Beispiel überzeugt. Am Arbeitsplatz und an der Uni, in
358 der Bürgerinitiative, im Wohngebiet und auf der Vertrauensleuteversammlung – lasst
359 uns Farbe bekennen und Flagge zeigen!

360 Nur dann können wir unser eigenes Wissen als Kommunistinnen und Kommunisten
361 verbreiten und anderen vermitteln. Nur dann werden wir Kommunistinnen und Kommu-
362 nisten auch in der Lage sein, dazu beizutragen, dass unter den Lohnabhängigen und
363 Arbeitslosen Klassenbewusstsein wächst, antikapitalistische Überzeugungen auch in
364 anderen Teilen der Bevölkerung zunehmen und die Erkenntnis wächst, dass diese Ge-
365 sellschaft grundlegend verändert werden muss, dass eine andere Gesellschaft, dass
366 Sozialismus notwendig ist.

367

368 **Was ist jetzt zu tun? Die dringendsten Forderungen der DKP**

369 Es geht – auch in der Bundesrepublik Deutschland – heute um die Verteidigung von
 370 Arbeiterrechten, von sozialen Errungenschaften, sozialen und demokratischen Grund-
 371 rechten:

- 372 • Schluss mit den Angriffen auf die Rechte der Lohnabhängigen wie den Angriffen auf
 373 das Betriebsverfassungsgesetz, mit der „Monti-II-Verordnung“ der Europäischen
 374 Kommission, der Einführung einer gesetzlichen Tarifeinheit und gesetzlichen Frie-
 375 denspflicht und vielen anderen Versuchen!
- 376 • Verteidigt das VW-Gesetz! Vergleichbare Gesetze sind für alle Konzerne nötig!
- 377 • Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich zur
 378 Schaffung von Arbeitsplätzen, gegen den immer schnelleren Verschleiß der Arbeits-
 379 kraft und für einen Normalarbeitstag, der die Arbeitenden von ihrer Arbeit leben lässt
 380 und die Geschlechtergleichstellung näher bringt!
- 381 • Verbot von Leih- und Zeitarbeit, Befristungen sowie Werkverträgen zugunsten von
 382 Normalarbeitsverhältnissen. Hartz IV muss weg!

383 Wir fordern

- 384 • Bildung und Kultur, Wohnung und Gesundheit müssen für alle erschwinglich sein!
- 385 • Schluss mit der Verarmung der Kommunen! Schuldenschnitt für die Gemeinden und
 386 Städte!

387

388 Wir rufen dazu auf, politische Grundrechte zu verteidigen. Wir fordern tatsächliche Mit-
 389 wirkungsrechte, mehr direkte Demokratie und treten ein für das uneingeschränkte
 390 Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Aktionen des zivilen Ungehorsams, Demonstra-
 391 tionen, Sitzblockaden, Spontanaktionen sind wichtige Formen des demokratischen und
 392 kreativen Protests.

393 Schluss mit

- 394 • dem Überwachungsstaat und dem Ausbau der Repression!
- 395 • der Kriminalisierung von Menschen, die wie in Stuttgart oder im Wendland ihre
 396 Rechte einfordern, die wie in Frankfurt am Main berechnete Proteste gegen die
 397 Großbanken und Finanzmärkte auf die Straße bringen!
- 398 • der Verfolgung und Kriminalisierung von Antifaschistinnen und Antifaschisten! Anti-
 399 faschistische Initiativen fördern und stärken!

400 Wir fordern:

- 401 • Verfassungsschutz auflösen!
- 402 • Schluss mit der staatlichen Duldung von Rassismus und Faschismus!
- 403 • das Verbot der NPD und ihre Tarnorganisationen gemäß Artikel 139 GG durchzu-
 404 setzen! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

405

406 Schluss mit einer Politik, die allein den Millionären und Milliardären, den großen Kon-
 407 zernen, Banken und Finanzinvestoren dient:

- 408 • Verstärkt den Widerstand gegen Fiskalpakt und Rettungsschirme! Schluss mit der
409 erpresserischen Spar- und Schuldenpolitik gegen die Interessen der Mehrheit der
410 Menschen!
- 411 • Einseitiger Schuldenschnitt für die betroffenen Staaten wie Griechenland!
- 412 • Schluss mit der Erpressungspolitik, die dazu führt, soziale Standards und politische
413 Grundrechte weltweit weiter zu zerstören.
- 414 • Entschädigungslose Enteignung und Überführung der großen Finanzinstitute - ein-
415 schließlich der Europäischen Zentralbank (EZB) - und Energiekonzerne in öffentli-
416 ches Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften,
417 durch die Bevölkerung und demokratische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaft-
418 ler.

419 ---

420 Wir fordern

- 421 • Rückführung des gesamten Finanzsektors auf die Finanzierung von öffentlichen und
422 privaten Investitionen, Verbot von spekulativen Finanzgeschäften und -produkten
- 423 • sofortige Entschuldung der öffentlichen Haushalte und Nutzung der bisherigen Zins-
424 zahlungen aus der Verschuldung der öffentlichen Haushalte für Beschäftigungspro-
425 gramme, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, und zur Verbesserung der
426 sozialen Situation für die von Armut betroffenen Teile der Bevölkerung
- 427 • den Stopp gesetzlicher Schuldenverbote („Schuldenbremsen“), weil sie als Vorwand
428 für weiteren Sozialabbau und Privatisierung dienen.

429

430 ---

431 Die Staatsschulden entstanden auch durch die steuerliche Entlastung der Reichen und
432 Konzerne, die in den vergangenen Jahren noch reicher wurden. Wir fordern stattdes-
433 sen: „Die Reichen müssen zahlen!“ und

- 434 • eine Steuerreform, mit progressiver Besteuerung hoher Einkommen und großer
435 Vermögen, die Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes, eine deutliche Anhebung
436 der Kapital- und Gewerbesteuern - bei viel höheren Freibeträgen für kleine Gewer-
437 betreibende.
- 438 • eine Besteuerung großer Erbschaften
- 439 • das Wegsteuern nichtinvestierter Gewinne (Millionärssteuer, Finanztransaktions-
440 steuer).
- 441 • die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!

442 ---

443 Wir fordern eine Energiepolitik, die Schluss macht mit den Privilegien der großen Ener-
444 giekonzerne.

- 445 • Atomkraftwerke jetzt abschalten!
- 446 • Klima- und umweltfreundliche Technologien statt Primat der fossilen Energieträger!
- 447 • Dezentralisierung der Stromerzeugung und der Netze!
- 448 • Schluss mit der Preistreiberei auf dem Rücken der privaten Endverbraucher! Ge-
449 setzlicher Preisstopp unter demokratischer Kontrolle!

450

451 ---

452 Wir fordern eine Klima- und Umweltpolitik, die sofort in der ganzen EU alle verfügbaren
453 technologischen Alternativen zur Reduktion der klimaschädlichen Emissionen mobili-
454 siert und strenge gesetzliche Regelungen durchsetzt.

455 Die weltweite Spekulation mit den lebenswichtigen Ressourcen (sauberes Wasser,
456 Nahrungsmittel, Ackerland) im Interesse der großen kapitalistischen Öl-, Agrar- und Le-
457 bensmittelkonzerne muss sofort unterbunden werden.

458 ---

459 • Frieden, Abrüstung und Achtung der nationalen Souveränität anderer Staaten sind
460 das Gebot der Stunde.

461 • Kein Geld für Militarisierung, Rüstung und Kriegseinsätze, sondern für Investitionen
462 in Arbeitsplätze, Bildung, Kultur, Gesundheit!

463 ---

464 Wir fordern den Erhalt und Ausbau demokratischer und sozialer Rechte in Deutschland,
465 in ganz EU-Europa.

466 Ein friedliches, demokratisches und soziales Europa mit gleichen Rechten für alle ist
467 nötig, welches das internationale Kräfteverhältnis entscheidend verändern und den Weg
468 zu einem sozialistischen Europa öffnen könnte. „Dazu muss die Macht der Transnatio-
469 nalen Konzerne gebrochen und müssen die Kämpfe auf nationaler und europäischer
470 Ebene miteinander verbunden werden“. (Programm der DKP)